

ernehmer ab  
berzeitigen  
ete Gehilfen  
0068 M. pro  
hat. Mit  
Lagen eben-  
er abgelehnt

Kotlage der  
er Industrie

der 1. Ab-  
Uebungs-  
Gedächtnis  
nachdem den  
handstraf-  
aterial vom  
Pflicht. —  
elle rau-  
ielabteilung  
it. — Freie  
mmung im  
ung in die

Radig 3—  
lagball—  
Streifen 1—  
Dresden-  
Welschhufe 2  
Wilsdruff 2  
ot 2, 8 Uhr:  
B, 288 fällt  
stiebschicht-

er: Adolph-  
sch): 1 Uhr:  
g.)—Witter-  
g.)—Witter-  
g.) (H. D.);  
morgen.  
uni, 6 Uhr:  
5, 10 Juni  
—Sturm er-

et. 9. Juni  
stunde der  
übungen für  
ste, müssen  
s Einübun-  
zu beachten.  
ormittags  
att. Es ist  
umfänglich  
um schließ-  
werden auf  
Anlieferung  
Kurnische.

änderungen  
elbmähler,  
74 Uhr.  
— Gains-  
mähler.  
iger Abend.  
Babelour  
Babelour.  
Bendamben-  
entour und  
Schmiede-  
Bereitschaft.  
Lalperre.  
trauerl. —  
Kadenauer  
Abfahrt  
(12. Juni  
ule, Georg.

gliebshaff  
uni, Sieger  
gelang es  
Wetern zu  
der Spitze,  
egenannten  
Endpunkt.  
st. 19 Min.  
at, Beuben,  
L. G. Bufe,  
ds 74 Uhr.

Dresden.  
Reihigen-  
Kongress in  
a ausl —  
Verjamw

ochmann;  
s: Hans  
Umgebung;  
s: Reicholb.  
Dresden.

# Dresdner Volkszeitung

Postkontos: Dresden,  
Maden & Comp., Nr. 1288.

## Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Postkonto:  
Gedr. Traßold, Dresden.

Bezugspreis einjährlich, Vorkosten monatlich 6500.— M. durch die Post  
bezogen monatlich 6500.— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich  
2800.— M., Einzelnummer 800.— M., Sonnabendnummer 400.— M.  
Telegraphisch-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.  
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.  
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die halbspaltige Nonpareilzeile 500.— M., auswärts  
600.— M., die halbspaltige Reklamazeile 2000.— M., auswärts 2500.—  
Ausland 3000 u. 6000 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung, Familien-  
angeh. Stellen- u. Mietzeile 40 Proz. Rabatt. Für Briefnachlieferung 200 M.

Nr. 132

Dresden, Sonnabend den 9. Juni 1923

34. Jahrg.

## Waffenstillstand auf Gegenseitigkeit

Frankreich will nicht verhandeln, bevor der passive Widerstand eingestellt ist, und findet in dieser Frage eine gewisse Unterstützung der belgischen Regierung, der das Ruhr-Abenteuer zwar längst leid ist, die sich aber innerlich immer noch an die französische Freundschaft gebunden fühlt. Bei der allgemeinen Wirtschaftslage in Frankreich, Belgien und Deutschland wäre ein Waffenstillstand auf Gegenseitigkeit im Ruhrgebiet wirklich angebracht. In Frankreich liegen fast sämtliche Hochöfen still, der Frank hat während der Besetzung mehr und mehr an Wert verloren, in Belgien leidet das Wirtschaftsleben allgemein unter den Folgen des Ruhr-Abenteuers, und auch in Deutschland wirkt sich die Hemmung der Produktionsmöglichkeiten im Ruhrgebiet immer stärker aus. Was wäre unter diesen Umständen mehr angebracht, als die vollkommene Wiederaufnahme der Arbeit? Aber mit dem Verzicht auf den passiven Widerstand ohne Gegenseitigkeit, in der Form, wie ihn Frankreich fordert, ist weder seinen eigenen noch den Interessen Belgiens oder Deutschlands gedient. Der Verzicht auf den passiven Widerstand hat nur dann einen Sinn, wenn die Arbeit in vollem Umfang wieder aufgenommen, wenn die Möglichkeit geschaffen wird, zu produzieren und für Frankreich dadurch Aussicht auf die bisher unterbundenen Sachlieferungen besteht. Soll das geschehen, dann muß sich die französische Regierung mit dem Jugoslawien abfinden, daß zunächst die leitenden Männer der Arbeit im Ruhrgebiet, die in ihrer großen Mehrheit ausgewiesen sind oder hinter Gefängnismauern sitzen, zurückgelassen bzw. auf freien Fuß gesetzt werden. Heute gleicht das Ruhrgebiet einem Lethargia. Die Arbeiter gehen zum Teil zwar zur Arbeit, aber das geschieht im wesentlichen nicht, um zu produzieren, sondern um an Ort und Stelle zu sein und so den Gefahren der Straße zu entgehen. Der Verkehr liegt fast still, die Ein- und Ausfuhr wichtiger Metalle ist unterbrochen. Wie soll der Verzicht auf den passiven Widerstand zu dem Erfolg führen, wie ihn Frankreich sich vorstellt, solange nicht die zwangsmäßigen Hemmungen aufgehoben, Aus- und Einfuhr wieder gestattet sind, und solange nicht die führenden Persönlichkeiten, dessen das Ruhrgebiet jetzt und in der Zukunft dringender denn je bedarf, sich wieder an Ort und Stelle befinden? Nur wenn das Wirtschaftsleben in jeder Beziehung wieder in geregelte Bahnen gelenkt wird, sind produktive Leistungen und damit die Sachlieferungen möglich. Das sollten die französische und die belgische Regierung während der nunmehr fünf Monate dauernden Okkupationszeit am besten erfahren haben.

Ein Waffenstillstand auf Gegenseitigkeit, der eine Wiederaufnahme der Sachlieferungen möglich machen kann, erfordert aber auch eine Berücksichtigung des vorhandenen französisch-belgischen Truppenkontingents. Deutschland verlangt nicht, daß die Truppen sofort das Ruhrgebiet räumen, ohne daß die Verhandlungen zum Abschluß gekommen sind, aber es muß im Interesse der Produktion und aus sozialen Rücksichten auf seine Bevölkerung die Forderung auf Verminderung der Truppen erhoben, die an sich überflüssig sind, wenn deutsche Arbeiter sich bereit erklären, im wesentlichen zum Nutzen des Reiches auf den passiven Widerstand zu verzichten und so dem endgültigen Frieden die Bahn zu ebnen.

Der von Frankreich geforderte Verzicht auf den passiven Widerstand ohne Gegenseitigkeit vermag der französischen Regierung keineswegs den erhofften Erfolg zu bringen. Auch in Paris sollte man nicht vergessen, daß selbst für einen geschlossenen Geaner in überaus trauriger Wirtschaftslage die moralischen Belastungsmöglichkeiten ihre Grenzen haben. Nur ein Waffenstillstand auf Gegenseitigkeit kann in Deutschland der Aufrechterhaltung der staatlichen Ordnung dienen.

### Die Aufnahme des deutschen Angebots

In England kam die günstige Meinung der Londoner Citykreise in einem Handelsartikel der Times zum Ausdruck. Der Leitartikel der Times und die diplomatischen Informationen des Daily Telegraph deuten bereits an, daß die englischen Reparationsforderungen, wenn sie auch Bedenken im einzelnen gegen die neuen deutschen Vorschläge vorzubringen haben, geneigt sind, das neue deutsche Angebot als Diskussionsbasis zu betrachten. Die konservative Morning Post, die das deutsche Memorandum als eine Rechtfertigung der Politik Poincarés und der Ruhrbesetzung ansieht, nennt das neue Angebot bei allen gegen einzelne Punkte gerichteten Einwendungen eine große Verbesserung gegenüber der vorhergehenden Note. In der Frage der Garantien machte die deutsche Note einen großen Schritt vorwärts. Morning Post sieht im Memorandum eine mögliche Grundlage für die Erörterungen der Alliierten in ihrer Gesamtheit. Daily Chronicle betont, daß die deutsche Note Lord Curzon mit Bezug auf die Garantien so voll entgegenkomme, wie das unter den bestehenden Umständen möglich gewesen sei. Daily News schreibt, die Note schiene endgültig den Punkt darzustellen, wo die Ersetzung der Methode des Notenschreibens durch die Methode der Konferenzen notwendig werde. Wenn eine gemeinsame Aktion gewünscht werde, so zeige die deutsche Note den Weg zur Verwirklichung. Esquith, der Führer der englischen unabhängigen Liberalen, erklärte, es sei eine Vorbedingung für jedes Zusammenwirken zwischen den Alliierten, daß die gegenüberliegenden Vorschläge, die die deutsche Regierung jetzt unterbreitet, nicht

summarisch abgelehnt würden, sondern das Thema ernstlicher Erörterungen und Erörterungen bilden müßten. Nach amerikanischen Blättern wird die neue deutsche Note von den amtlichen Kreisen in Washington als ein deutlicher Fortschritt gegenüber allem angesehen, was Deutschland bisher angeboten habe. Man sei der Meinung, daß der Vorschlag einer Konferenz geeignet sei, eine Grundlage für Verhandlungen zu bilden, die letzten Endes in eine Verständigung ausmünden würden.

In der Pariser Presse hat sich die sofortige ablehnende Haltung, die Donnerstagabend allgemein war, in den Morgenblättern verschärft. Als wesentlichen Einwand gegen die deutschen Vorschläge macht man geltend, daß die Reichsregierung der französisch-belgischen Grundbedingung — Einstellung des passiven Widerstandes vor Verhandlungen — in keiner Weise Erwähnung getan habe.

Den gleichen Einwand erhebt Poincaré. Französischen Pressevertretern wurde erklärt, man sei am Quai d'Orsay der Ansicht, daß die Note den Engländern keine Basis zu einer Aufnahme von Verhandlungen bieten werde. Poincaré sagte:

In der Note ist nichts von einer Einstellung des Widerstandes im Ruhrgebiete erwähnt; das ist jedoch der Punkt, über den wir Kundtun haben wollten, und wenn wir Deutschland anzuweisen, so werden wir mit der Frage antworten: Sollt ihr den passiven Widerstand aufgeben oder nicht? Im ersten Falle könnten wir zu Verhandlungen kommen, im zweiten Falle würde eine gemeinsame Note der Alliierten nur darin bestehen, daß Verhandlungen abgelehnt werden. Im übrigen erklärte Poincaré, daß mit dem Brüsseler Kommuniqué bereits im voraus eine Antwort auf die deutsche Note gegeben worden sei.

Auch in Belgien soll die deutsche Note — wenigstens nach Pariser Meldungen — aus verschiedenen Gründen noch keine günstige Aufnahme gefunden haben. Es sei unmöglich, daß man mit Deutschland über Reparationen spreche, solange es im Ruhrgebiet den offiziellen passiven Widerstand nicht aufgibt. Man mißtraue auch dem Verlangen Deutschlands nach einem Moratorium von vier Jahren und dem Vorschlag einer Konferenz.

Ein Teil der italienischen Presse erklärt zu der Forderung nach Aufgabe des passiven Widerstandes, diese Forderung könne Deutschland unmöglich erfüllen, weil der passive Widerstand die einzige Garantie für die nationale Würde Deutschlands sei und zudem die Franzosen einen Vorwand suchen würden, um die von Deutschland geforderte Konferenz, die England und Italien nicht ablehnen könnten, unmöglich zu machen. Andere italienische Blätter vermissen dagegen eine verständliche Andeutung hinsichtlich des passiven Widerstandes, welche Frankreich jedweden Vorwand genommen haben würde.

Von großer Bedeutung für die kommenden Verhandlungen dürfte die Erklärung sein, die der italienische Ministerpräsident im Senat über die allgemeinen Linien der italienischen Politik abgab. Er sagte:

„Der Zeitpunkt für eine politische Aktion allgemeiner Natur ist günstig, die darauf abzielt, so rasch als möglich die politische Lage des Kontinents normal zu gestalten.“

Es ist ein italienisches Interesse ersten Ranges, die friedliche Lösung der europäischen Krise zu beschleunigen. Diese Krise wird seit dem Versailler Vertrag von der Reparationsfrage beherrscht. Gegenüber dieser Frage ist die Stellung Italiens in ihren Grundzügen die folgende:

1. Deutschland kann und muß den Betrag bezahlen, der bereits jetzt im allgemeinen angesetzt zu sein scheint (?) und von dem mehreren hundert Milliarden, von denen nach Abschluß die Rede war, weit entfernt ist.
2. Italien kann keine Änderungen oder Umwälzungen territorialer Art dulden, die eine Hegemonie politischer, wirtschaftlicher oder militärischer Art herbeiführen können.
3. Italien will seinen Anteil am Opfer tragen, falls das für den Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft notwendig sein sollte.
4. Die italienische Regierung beharrt heute mehr als jemals und insbesondere angesichts der letzten deutschen Note auf ihrem Standpunkte, daß die Reparationsfrage und die Frage der europäischen interalliierten Schulden miteinander in engem Zusammenhange stehen und in einem gewissen Sinne voneinander abhängig sind.

Es besteht kein Zweifel darüber, daß die Besetzung des Ruhrgebietes die Reparationskrise außerordentlich verschärft hat.

In der Schweiz findet das neue deutsche Memorandum eine günstige Aufnahme. Es wird als eine brauchbare Verhandlungsgrundlage, wenn auch noch nicht als letzte Wort Deutschlands betrachtet.

## Auf Napoleons Spuren

In der Internationalen Bibliothek von J. S. B. Dick, Berlin, hat Gerhard Lütken einen aktuellen Band erscheinen lassen: Deutschlands Außenpolitik und das Weltkriessystem. Lütkens Betrachtungen umspannen die Zeit von 1870 bis 1922 und geben mit der Esigierung der deutschen Außenpolitik ein eingehendes Bild des weltpolitischen Kuffstigs Deutschlands und seines Zusammenbruchs. Da uns Bücher dieser Art, die Grundlage einer zukünftigen sozialistischen Außenpolitik bilden könnten, durchaus fehlen, so möchten wir um so nachdrücklicher darauf aufmerksam machen, als Lütkens Schlußfolgerungen die Grundlinien des neuen, als Ergebnis des Weltkriegs entstandenen Weltbildes zeigt. Wir drucken nachstehend den Teil ab, der Frankreich gegenwärtige weltpolitische Ziele charakterisiert. Auch Poincarés Ruhrabenteuer ist nur ein Teil dieses imperialistischen Programms, mit dem Frankreich die Hände auf die Hauptindustriellen Europas legen möchte. — Das Buch wurde im Herbst 1922 geschrieben; wie die Entmilderung der französischen Außenpolitik zeigt, werden sich die Perspektiven dieses Kapitels leider auf lange Zeit hinaus nicht ändern.

Frankreich, das, aus dem Weltkrieg durch den Erwerb Elb- und Vordrängens auf 552 000 Quadratkilometer mit 30 Millionen Einwohnern erweitert, mit einer Vergrößerung seines Kolonialreiches, besonders in Afrika, und Belgien durch eine Militärkonvention verbunden und mit einem großen Gewinn an militärischer und wirtschaftlicher Macht hervorgegangen ist, Frankreich sucht seit Kriegsende in weitest möglichen Grenzen durch Bündnisse und wirtschaftliche Expansionen die politische und auch wirtschaftliche Hegemoniestellung auf dem wenn auch geschwächten so doch zukunftsreichen europäischen Kontinent zu erringen und sich selbst damit gleichberechtigt als vierte Weltmacht neben die genannten (England, Amerika, Japan, Die Red.) zu stellen. Polen ist seine Schöpfung und mit ihm in engem Bunde, seine in Galizien gelegenen Petroleumfelder und, seit der Genfer Völkerbundesversammlung, auch die ober-schlesischen Kohlenlager stehen unter dem Einfluß französischer politischer Schatz und untersteht militärisch seiner Führung. Durch alle Staaten des Donaubens reicht sein politischer und wirtschaftlicher Einfluß. Indem es unter seiner Hegemonie einen Block zu organisieren sucht, der von Finnland bis an das Schwarze Meer reicht und nach Kleinasien übergreift, rückt die beiden Punkte in die Reichweite des französischen Imperialismus, ohne deren Beherrschung es seine Ziele nicht erreicht, mit deren Angliederung in irgendeiner Form aber die Beherrschung Europas gelungen wäre. Es gilt der Sowjetmacht Südrussland zu entreißen und so zu Einfluß im Hauptrohstoff- und Industriegebiet Osteuropas zu gelangen. Es gilt, von Deutschland die Rheinlande abzutrennen, vielleicht gar das Ruhrgebiet, und das heißt in das europäische Hauptindustriengebiet, in die dort gelegenen Kohlen-, Eisen-, chemische Industrie einzugreifen.

Für diese Pläne hat sich Frankreich, allerdings vergeblich, bemüht, eine außereuropäische Dekora zu verschaffen. Nach Beendigung des Krieges verlor Clemenceau den Abschluß formeller Bündnisse mit Nordamerika und England, die die Fragen der Weltpolitik, außer der europäischen, ungerührt gelassen, Frankreich aber mittels jemeiliger Gemäßigung von Konzeptionen in diesen Fragen in Europa freie Hand gegeben hätten. Der amerikanische Senat hat diese Forderung in Europa abgelehnt, England ist gefolgt: die Weltpolitik ließ sich nicht mehr unter rein europäischen Gesichtspunkten meistern.

Auf der Konferenz von Washington scheiterte der zweite Versuch Frankreichs. Sollte es jetzt beabsichtigen, sich in jeder Hinsicht den großen Mächten der Welt entziehende Spannung als Gegenmacht einer Seite einzufügen und somit Rückhalt für seine Pläne zu sichern, die zu hören dann nur noch auf Befehl eines neuen Weltkrieges möglich war, so machte die — noch so bage — Einigung der zunächst beteiligten Mächte diesen Plan unzulässig und ließ Frankreich nur übrig, sich den dort getroffenen Vereinbarungen hinzugefügen.

Seitdem ist Frankreich zunächst zu dem unmittelbaren Versuch übergegangen, die Wirren im Orient sind dafür ebenso Anzeichen wie die Behandlung der russischen und der deutschen Frage. Die schon erwähnte Stellung zur Angorazürkei hatte, neben einer Wendung gegen England, auch den Zweck, auf diese Weise eine Basis für die südrussischen Pläne der französischen Politik und Großindustrie zu schaffen. Die gleichzeitig einsetzende neuartige Behandlung der Schuldforderungen an Deutschland, für die in Moratorium nur noch gegen Ueberlassung produktiver Waren gewährt werden sollte, zeigt das gleiche Bild, und die Stellung Frankreichs zum russischen Problem ist ebenfalls nur so zu erklären.

Das Streben des Sowjetstaates, den Anschluß an die kapitalistischen Staaten zu finden, um an den wirtschaftlichen Aufbau des russischen Reiches, der ohne gewaltige Kredite unmöglich ist, gehen zu können, scheiterte auf den Konferenzen in Genua und im Haag an dem Widerstand Frankreichs vor allem, das weder in der Frage des Privatbesitzes ausländischer Staatsangehörigen noch der ausländischen Schulden den Russen irgendein Entgegenkommen leistete. So sehr auch gerade Frankreichs Rentner- und Kapitalistenklasse in diesen Punkten interessiert ist, können sie doch nur als vorgeführt gelten. Als wesentlich noch charakteristisches Land, zur Zeit auf den weltwirtschaftlichen Wiederaufbau weniger angewiesen, hat Frankreich sich vielmehr um seiner politischen Ziele willen dem aus wirtschaftlichen Erwägungen entbringenden Entgegenkommen seiner Kriegserben, vor allem Englands, nicht angeschlossen, den Eintritt Rußlands in die wirtschaft-